

Note sechs für den Reformvorschlag



Rauf, runter, rechts, links: Mit ihrer aktuellen Bildungspolitik kommt die Landesregierung auch am Markdorfer Bildungszentrum nicht gut an. (Foto: cg)

Von Christian Gerards

MARKDORF Im Landeselternbeirat regt sich Widerstand gegen die geplante Streichung von tausend Lehrerstellen im laufenden Jahr. Das habe laut des Vorsitzenden Theo Keck massive Auswirkungen auf die schulische Arbeit. Zudem hat die Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternvertreter des Regierungsbezirks Tübingen eine Resolution zu geplanten Deputatkürzungen verabschiedet. Hierbei geht es um Kürzungen für besondere Aufgaben von Lehrern, etwa in der

Hausaufgabenbetreuung am Gymnasium, die im Jahr 2008 als Ausgleich für das G8 eingeführt worden ist.

„Ich kann die Entwicklung nicht gutheißen. Die Schulentwicklung ist in Bälde ein großes Thema. Daher brauchen wir eher mehr Lehrerstunden“, zeigt sich Johanna Bichofberger, Vorsitzende des Elternbeirats am Gymnasium des Bildungszentrums Markdorf, über die geplante Streichung der Lehrerstellen verärgert. Sie habe eine deutliche und negative Einschätzung, über das, was derzeit in der Landesregierung bildungspolitisch läuft. Viele Entscheidungen der grün-roten Landesregierung – etwa beim Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung oder beim G8/G9 am Gymnasium – fehle das richtige Konzept.

„Es gibt eine deutliche Verunsicherung bei Eltern, Schülern und Lehrern. Keiner weiß, was das Ziel der Landespolitik ist“, sagt Johanna Bischofberger. Im Entlastungsbereich würden heute schon am Bildungszentrum in Markdorf hundert Freizeitmütter und -väter in Aufgaben hereinrutschen, die eigentlich im Bereich der Schule liegen würden. Mit der geplanten Deputatkürzung müsse „noch mehr auf die Eltern ausgelagert werden“.

Tilman Siebert, Rektor am Gymnasium, betonte, dass seine Schule für das laufende und kommende Schuljahr mit Lehrerstellen gut versorgt sei. Er sieht in der Elternbeteiligung keine Alternative, da die Aufgaben, die die Lehrer in ihrem Deputat übernehmen, von den Pädagogen auch übernommen werden müssten. Er begrüßt aber ausdrücklich den Einsatz der Eltern für schulische Belange. „Zunächst liegt der Erlass noch nicht vor“, sagte Siebert, daher könne er nichts Konkretes sagen.

Helmut Faden, Rektor der Werkrealschule am Bildungszentrum, fordert, dass nicht nur an der Basis,



also an der Schule auf die Streichungen geschaut wird, sondern alle Bereiche des Bildungssektors unter die Lupe kommen. Er könne aber nachvollziehen, dass bei dem großen Haushaltsposten im Rahmen der Haushaltssanierung angesetzt werde. Er sei zuversichtlich, dass die Stellenstreichung an seiner Schule nicht durchschlägt. Das liege auch daran, dass er zwei Stellen habe ausschreiben dürfen: „Ich halte es aus der Erfahrung für fatal, wenn bei den Lehrern Stellen eingespart werden.“

Ein gewisses Verständnis für die Überlegungen der Landesregierung bringt Realschul-Rektor Roland Hepting auf, weil die Kosten im Bildungssektor immer größer werden: „Beamte sind keine billigen Arbeitnehmer und bekommen eine gute Pension.“ Hepting richtet aber auch den Blick auf die Schülerzahlen: „Das Sparen beim Personal an den Schulen kommt nicht gut an, die Schülerzahlen nehmen aber ab“, sagt er mit einem Blick auf die Gesamtsituation an den Schulen im Land. Er schiebt aber auch nach: „Mit Schülern experimentiert man nicht.“

Alterlass für das Bildungszentrum

Durch einen Alterlass habe das Bildungszentrum einige Stellen im Personalschlüssel, die sich auch mit schulischen Belangen neben dem Unterricht befassen. Eines sei aber klar: „Wenn diese gestrichen werden, dann wird es im Freizeitangebot eng. Die Landesregierung will die Ganztagschule, aber dafür keine Stunden geben“, zeigt sich Hepting wenig erfreut.

Sowohl der Landeselternbeirat als auch die Arbeitsgemeinschaft sprechen sich gegen die Überlegungen der Landesregierung aus. So erwarte die Arbeitsgemeinschaft, dass „man sich ernsthaft mit den Fehlentwicklungen im System und deren Abhilfemöglichkeiten mit uns auseinandersetzt“. Der Landeselternbeirat fordert, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen und „die weiteren Einsparungsziele im Bildungsbereich zu überdenken“.

(Erschienen: 06.05.2013 19:10)

http://www.schwaebische.de/region/bodensee/markdorf/stadtnachrichten-markdorf_artikel,-Note-sechs-fuer-den-Reformvorschlag-_arid,5434561.html